Während nun der erwähnte dritte Absatz, in welchem von allen Religionsgemeinschaften die Rede ist, in der entscheidenden Abstimmung in der Vollversammlung der preußischen Landesversammlung angenommen wurde, wurde der erwähnte Absatz 4 mit allen Stimmen gegen diejenigen des Zentrums abgelehnt. In dieser Ablehnung fanden sich gegen das Zentrum sämtliche Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zusammen!!

Ist das nicht ein Sturmsignal, das mit allen und das namentlich den preußischen Zentrumsrichtungen für die kommenden Wahlen gellt in die Ohren klingen muß? Sehen wir hier nicht eine Kulturkampffront, wie wir sie bisher überhaupt noch nicht in dieser Stärke gesehen haben? Wer die Auslassungen der rechtsstehenden Presse gegenüber dem ursprünglichen Antrag Borsch verfolgt hat, konnte sich schon nicht mehr im Zweifel sein, daß der „alte Geist" noch lebt und daß er sich aktiver denn je zu betätigen trachtet! Als die Abstimmung, wie oben vermerkt, sich vollzog, und als auch geschlossen die Deutschnationalen für die Ablehnung eintraten, da rief der Unterstaatssekretär und Abgeordnete Bruch den Deutschnationalen und ihrem Führer Hergt zu: „Wo bleibt denn jetzt Ihr Katholikenausschuß?" Die Rechte wußte keine Antwort und schwieg. Es muß nämlich besonders festgenagelt werden, daß auch die katholischen Mitglieder der Deutschnationalen Partei für die Ablehnung des Zentrumsantrages sich einsetzten! Das wird man sich gut merken müssen. Wir können es ja einigermaßen begreifen, daß es für Demokraten, Kulturkämpfer, Liberale und Sozialdemokraten schrecklich wäre, wenn der päpstliche Stuhl in der preußischen Verfassung genannt würde, daß aber auch der deutschnationale Katholikenausschuß bei dieser Garde marschiert, ist ein herrliches Zeitbild!

Die Demokraten und die Deutsche Volkspartei in Sachsen

Die „Tägliche Rundschau", die die Interessen der Deutschen Volkspartei vertritt, veröffentlicht in ihrer Nr. 545 folgende Zuschrift:

„Im Zusammenhange mit der Tatsache, daß sich in der neuen Landtagsfraktion der sächsischen Demokraten kein einziger früherer Fortschrittler mehr befindet, gibt das sächsische Zentrumsorgan, die „Sächsische Volkszeitung", Mitteilungen wieder, wonach eine Fusion zwischen der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei in Sachsen geplant sei. Etwa sieben Mitglieder der Demokratischen Fraktion würden zur Deutschen Volkspartei übergehen, die Demokratische Partei würde sich auflösen und die ehemaligen Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei würden sich in Sachsen neu konstituieren. Die Bestrebungen auf eine derartige Fusion gingen von Leipzig aus.

Wir bemerken hierzu, daß diese Mitteilungen wohl ihren Grund in der katastrophalen Wahlniederlage der Demokratischen Partei in Sachsen haben dürften, die der Demokratischen Fraktion kaum noch eine größere Lebensnotwendigkeit im sächsischen Landtage lassen. Es ist auch richtig, daß Leipziger demokratische Kreise eine Vereinigung der dortigen demokratischen Organisation mit derjenigen der deutschen Volkspartei angeregt hatten. Die Anregung ging aus von ehemaligen Nationalliberalen, die im November 1918 zur Demokratischen Partei übergegangen waren und jetzt für eine Verschmelzung der beiden Parteien in Leipzig eintraten. Diese Beratungen fanden schon vor den Wahlen statt.

Die Leitung der Deutschen Volkspartei hat sich diesen Anregungen gegenüber auf den Standpunkt gestellt, die Selbständigkeit der Partei unter allen Umständen zu bewahren und diesen ehemals nationalliberalen Kreisen anheimzustellen, zur Deutschen Volkspartei selbst überzutreten. Dieser Standpunkt der Deutschen Volkspartei in Sachsen dürfte sich auch gegenwärtig nicht geändert haben. Wenn die Mitteilungen des dortigen Zentrumsblattes richtig sind, so würde man daher auch nicht von einer Fusion der beiden Parteien in Sachsen, sondern von einer Wiedervereinigung aller Nationalliberalen in der Deutschen Volkspartei sprechen können, zumal ja die demokratischen Landtagsabgeordneten in Sachsen fast sämtlich ehemalige Nationalliberale sind. Jedenfalls sind die sächsischen Vorgänge ein weiteres Zeichen für die Zersetzung, die sich in der Demokratischen Partei nicht nur in Sachsen geltend macht."

So weit die Zuschrift in der alles das bestätigt wird, was wir neulich darzulegen in der Lage waren.

Aus dem Reichstage

Berlin, 2. Dezember.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichswirtschaftshaushaltes.

Abg. Simon-Franken (Unabh.): Sein Fraktionsgenosse Jäckel habe einen gewissen Ueberfluß an Kohlen in Paris nicht bestreiten wollen. Gestützt auf Angaben aus französischen Arbeiterkreisen haben wir nur behauptet, daß im übrigen Frankreich großer Kohlenmangel herrscht. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft habe geradezu ruinös gewirkt. Das Reichswirtschaftsministerium scheint sich zu einem Hort der Reaktion auszuwachsen, wie die Anstellung zahlreicher Adeliger beweise. Die Privatwirtschaft hat uns ins Elend geführt. Nur die Sozialisierung kann uns helfen und da will man die Sozialisierungskommission auflösen. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr vertrösten.

Abg. Diernreither (Bayr. Volksp.) verlangt Auskunft, wie es mit der Benzin- und Benzolwirtschaft steht, betont die Knappheit der Vorräte und klagt über die hohen Preise. Die Interessen des Verbrauchers müssen allen anderen Rücksichten vorangehen.

Abg. Hamm (Dem.): Wir sehen täglich, wie unsere Industrie unter Kohlenmangel leidet, und speziell Bayern hat Grund zur Klage. Süddeutschland verlangt deshalb eine größere Wirtschaftlichkeit des Transportwesens. Dem Antrag Trimborn (Zentr.), der eine Stelle schaffen will, die einen Ueberblick über alle erforderlichen Beschaffungen des Reichs erhalten und für eine gerechte Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftsgebiete sorgen soll, stimme ich zu, nicht aber dem sozialdemokratischen Zusatzantrag, daß diese Stelle auch Aufträge zu vergeben haben soll. Hierin würde ich die Gefahr einer zu großen Zentralisierung sehen.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Die Behauptung, daß der Abgeordnete Hugo aus den Akten der Reichslederstelle 50 000 Mark erhalten habe, stimmt nicht. Vielleicht handelt es sich um die Reichsledergesellschaft oder die Ledergroßhandelsgesellschaft, deren letzterer Abgeordneter Hugo als Syndikus angehört. Eine Reichsstelle ist jedenfalls daran nicht beteiligt. Er habe bereits im Ausschuß dargelegt, daß auf nahezu 600 Angestellte seines Ministeriums insgesamt 15 Adelige entfielen. Die Anregung sei vom Wirtschaftsrat ausgegangen. Er habe demgegenüber erklärt, daß er dieser Anregung nicht ohne weiteres willfahren könne. Den Antrag Bartschat verstehe er nicht, da er nicht glaube, daß er ohne Vermehrung der Beamtenzahl durchführbar sein werde. Der Antrag Trimborn entspreche den Grundsätzen des Reichswirtschaftsministeriums wie den Interessen der Länder. Der sozialdemokratische Zusatzantrag erscheine dagegen bedenklich.

Abg. Dr. Riesser (Deutsche Volksp.): Der Abgeordnete Simon habe keinen Beweis dafür erbracht, daß die Produktion unter dem freien Handel gelitten habe. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Redner protestiert gegen den unerhörten Angriff auf den Abgeordneten Hugo, der wegen seiner Abwesenheit sich nicht wehren könne.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) tritt für die Gleichberechtigung der Frauen in den berufsständischen Organisationen ein.

Abg. Dr. Braun (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, daß die geplante Stelle auch die Aufträge des Reiches zu vergeben habe.

Abg. Simon (Unabh.): Jedenfalls habe Abgeordneter Hugo bislang nicht bestritten, daß er die 50 000 Mark als Prämie für die Aufhebung der Zwangswirtschaft erhalten habe und das sei der Kernpunkt. Damit schließt die Generaldebatte.

Abstimmungen können erst bei der dritten Lesung erfolgen. Die Annahme der einzelnen Kapitel erfolgt ohne wesentliche Debatte.

* * *

Die Arbeiten des Reichstages werden sich nach den neuerlichen Dispositionen wie folgt gestalten: Man wird in den nächsten Tagen die Etatsberatungen fortsetzen und neben dem Etat des Reichswirtschaftsministeriums vor allem auch noch den des Reichsernährungsministeriums fertigstellen. Wegen des Parteitages der Deutschen Volkspartei wird der 3. und 4. Dezember sitzungsfrei sein und in gleicher Weise werden wegen des Parteitages der Demokraten die Tage vom 11. bis 13. Dezember sitzungsfrei bleiben. In diesen Tagen wird auch der Parteitag der preußischen Zentrumspartei in Berlin abgehalten. Dazu kommt noch als sitzungsfreier Tag der 8. Dezember als katholischer Feiertag. Angesichts dessen aber ist, besonders bei der heutigen parlamentarischen Arbeitsweise, nicht damit zu rechnen, daß die ungeheuerliche Fülle von Arbeitsstoff auch nur annähernd bewältigt werden kann, zumal nicht nur die Etatsberatungen in empfindlichem Rückstande sich befinden, sondern auch die in den Kommissionen steckenden Gesetze nur sehr langsam gefördert werden können. Es handelt sich dabei um Gesetze, auf deren Erledigung noch vor Weihnachten die Reichsregierung einen großen Wert legt. Es kommen da in Betracht: die Novelle zum Reichsnotopfergesetz, ferner das Kapitalfluchtgesetz und schließlich die Erledigung der Beamtenbesoldungsnovelle. Bezüglich dieser letzteren Frage ist dem Reichstage nun ein Gesetz zugegangen, wonach eine Erhöhung des Teuerungszuschlages für die Beamtenkreise, die am meisten unter der Not zu leiden haben — das sind die Beamten mit Kindern in den teueren Städten — erfolgen. Der Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen in den Orten der Ortsklasse A bis C soll eine angemessene Erhöhung erfahren, und zwar dergestalt, daß statt 50 Prozent in den Orten der Ortsklasse A 125 Prozent, in den Orten der Ortsklasse B 100 Prozent und in den Orten der Ortsklasse C 75 Prozent Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen gezahlt werden. Hierdurch erwächst der Reichskasse eine jährliche Mehrausgabe von etwa 408 Millionen Mark.

Außerdem liegt aber auch eine Kreditvorlage von über 10 Milliarden Mark vor, die auch noch vor Weihnachten erledigt sein soll. Die finanzielle Situation des Reiches sieht sich übrigens immer trostloser an. Man muß sich schon jetzt darauf gefaßt machen, daß auch diese oben genannten 10 Milliarden noch nicht die letzte Nachforderung bis zum Ablauf des Etatsjahres bedeutet, daß vielmehr im Januar oder Februar noch eine oder gar zwei derartige Nachforderungen erhoben werden müssen.

Unter diesen Umständen werden auch noch nach dem 13. Dezember, entgegen der ursprünglichen Absicht, Vollsitzungen abgehalten werden müssen. Man rechnet damit, daß mindestens bis zum 18. Dezember, vielleicht sogar noch einige Tage länger getagt werden muß. Es wird auch notwendig sein, daß die Weihnachtspause nicht zu lange ausgedehnt wird, daß vielmehr unmittelbar nach dem Dreikönigsfeste der Reichstag wieder zusammentritt. Allein die Etatsberatung wird noch wochenlange Verhandlungen nötig machen.

Eine Ententenote zur Abstimmung

Berlin, 2. Dez. Die englische Regierung hat dem deutschen Botschafter in London folgende Note überreicht:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die britische, die französische und die italienische Regierung den Wunsch hegen, die gemäß den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in kurzer Zeit in Oberschlesien abzuhaltende Volksabstimmung in einer Weise durchgeführt zu sehen, die jedem Wahlberechtigten die Ausübung des Wahlrechts unter vollständig unparteiischen und sicheren Verhältnissen gestattet. Die Regierungen haben deshalb die Möglichkeit in Erwägung gezogen, daß die Wahl durch genaue und buchstäbliche Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Artikels 88, Anlage 4 des Friedensvertrages gestört oder sogar verhindert werden könnte. Dieser Paragraph bestimmt: „Jeder soll in der Gemeinde stimmen, in der er seinen Wohnsitz hat, oder, wenn er seinen Wohnsitz nicht in dem Gebiete hat, in der Gemeinde, in der er geboren ist." Die drei Regierungen halten es für ihre Pflicht, der Gefahr von Störungen vorzubeugen, wodurch die freie Ausübung des Stimmrechtes irgendeiner Gruppe Wahlberechtigter beeinflußt werden könnte. Sie haben daher die tatsächliche Lage sorgfältig geprüft, wie sie ihnen durch die oberschlesische Abstimmungskommission und die polnische und die deutsche Regierung dargelegt worden ist. Als Resultat dieser Prüfungen haben sie einmütig beschlossen, der polnischen und der deutschen Regierung Vorschläge zu machen. Der letzte Absatz des Paragraphen 4 der obenerwähnten Anlage lautet wie folgt: „Das Abstimmungsergebnis muß gemeindeweise und zwar nach der Mehrheit in jeder Gemeinde, festgestellt werden." Die britische, die französische und die italienische Regierung sind der Meinung, daß es dem Sinne des vorerwähnten Absatzes nicht widerspricht, wenn die wirkliche Stimmabgabe der Nichteingesessenen an irgend einem Orte außerhalb des Abstimmungsgebietes stattfindet. Sie setzen dabei voraus, daß zur Feststellung des Endergebnisses der Stimmen der in dem Gebiete geborenen, aber dort nicht wirklich ansässigen Personen auf deren Geburtsgemeinde verteilt und den Stimmen der in dieser Gemeinde ansässigen Personen hinzugezählt wird.

Die drei Regierungen wünschen die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß, wenn die polnische und deutsche Regierung diesen Vorschlag annehmen sollten, es möglich sein werde, die Stimmenabgabe für die Nichteingesessenen unter Verhältnissen vor sich gehen zu lassen, die die gegenwärtige Besorgnis vor Ruhestörungen in Oberschlesien beseitigen und dadurch dem Wunsche der polnischen und deutschen Regierung Genüge leisten sollten. Die Bedingungen, die nach Ansicht der drei Regierungen diesen Erfordernissen am besten zu entsprechen scheinen, sind folgende: Alle nicht in Oberschlesien ansässigen, aber durch ihren Geburtsort zur Teilnahme an der Volksabstimmung berechtigten Personen können in dem gegenwärtig von alliierten Truppen besetzten Gebiete an einem Orte, wie z. B. Köln, oder an mehreren Orten versammelt werden um dort ihr Stimmrecht unter Aufsicht einer Unterkommission der oberschlesischen Abstimmungskommission auszuüben, die von den alliierten Regierungen ernannt werden würde. Wenn der Vorschlag angenommen wird, werden die hiermit verbundenen verwaltungstechnischen Einzelheiten von der oberschlesischen Abstimmungskommission nach Weisungen der Botschafterkonferenz ausgearbeitet. Sie brauchen hier nicht besprochen zu werden. Augenblicklich wünschen die drei Regierungen nur die Tatsache zu betonen, daß der Vorschlag die volle Gewähr bietet daß die Stimmenabgabe der Nichteingesessenen frei und unparteiisch und ohne Unordnung vor sich gehen werde. Es sind jedoch zwei Punkte, die in diesem Augenblick zur Erläuterung angebracht erscheinen:

1. Der Grund, um dessentwillen die drei Regierungen anregen, das besetzte deutsche Gebiet als Wahlbezirk für die Nichteingesessenen gelten zu lassen, ist nicht allein die durch die Anwesenheit hinreichender militärischer Kräfte gebotene Sicherheit, sondern auch die Tatsache, daß von der Mehrzahl der Nichteingesessenen-Stimmberechtigten angenommen wird, daß sie in Deutschland wohnen. Auch ist der Ansicht, daß solche Stimmberechtigte, deren Zureise möglicherweise gewünscht werden könnte, ohne Schwierigkeiten zum besetzten Gebiet Zutritt finden könnten.

2. Es wird Sache der Abstimmungskommission für Oberschlesien sein, falls diese Vorschläge angenommen werden, nach Maßgabe ihrer Befugnisse auf Grund des Friedensvertrages zu entscheiden, ob die Nichteingesessenen an demselben Tage oder an denselben Tagen wählen sollen, an denen die Abstimmung in Oberschlesien stattfindet, oder ob mehr als ein Tag für die Entgegennahme ihrer Stimmen zugestanden werden soll. In dieser Frage wünschen die drei Regierungen nicht der Entscheidung der Abstimmungskommission vorzugreifen.

Aus dem zweiten Satze der vorstehenden Ziffer ist jedoch zu ersehen, daß man die Ergebnisse der Volksabstimmung nach diesem Vorschlage nicht kennen und noch weniger veröffentlichen werde, bevor nicht die Stimmen der Nichteingesessenen denen der Einheimischen für jede Gemeinde zugezählt worden sind. Die Abstimmungskommission würde nach Ansicht der Regierungen nicht die Machtbefugnis haben, die Ergebnisse der Wahl einer der beiden Klassen von Wählern an verschiedenen Tagen bekannt zu geben.

Ich beehre mich, namens der drei Regierungen der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die deutsche Regierung diese Vorschläge unverzüglich in wohlwollende Erwägung ziehen und der Botschafterkonferenz ihre Antwort sobald als möglich mitteilen wird, damit die nötigen Maßnahmen unverzüglich getroffen werden können. Eine gleichlautende Note ist an den polnischen Geschäftsträger gerichtet worden.

gez. Lloyd George.

Die Beratungen über den Völkerbundsvertrag

Genf, 2. Dez. Die Völkerbundsversammlung beriet den Bericht der Abänderungskommission. Balfour als Berichterstatter begründete die Stellungnahme der Kommission, die eine Berücksichtigung der skandinavischen Abänderungsanträge zum Völkerbundspakt abgelehnt hätte. Der Völkerbund müsse erst Erfahrungen sammeln. Außerdem bilde der Völkerbundspakt einen Teil des Versailler Vertrages, der gegenwärtig nicht abgeändert werden könne. Der Völkerbundsrat erhalte den Auftrag, auf der nächsten Tagung Vorschläge zu machen. Hagerup (Norwegen) erklärte sich einverstanden. Costa (Portugal) bestritt, daß man den Völkerbundspakt nicht schon jetzt abändern könne. Bundespräsident Motta sagte, die Schweiz willige nur aus Opportunitätsgründen in die Verschiebung der Anträge ein. Die Schweiz lege größten Wert darauf, daß der internationale Gerichtshof obligatorisch werde. Den Grund, daß der Völkerbundsvertrag noch nicht abgeändert werden könne, weil er einen Bestandteil des Friedensvertrages bilde, könne die Schweiz nicht als berechtigt anerkennen, da die Verbindung des Völkerbundspaktes mit dem Versailler Vertrage nur eine rein äußerliche Sache sei.

Die Abstimmung führte gegen die Stimme Argentiniens zur Annahme des Antrages der ersten Kommission, d. h. zur Ablehnung der skandinavischen Abänderungsanträge. Der portugiesische Delegierte Costa setzte es durch, daß auch etwaige andere Abänderungsanträge noch dieser Kommission überwiesen werden können. Carneberg-Holland wies auf den peinlichen Eindruck hin, den die Haltung der Völkerbundsversammlung auf die Oeffentlichkeit machen würde. Bourgeois-Frankreich griff aus Mottas Rede den Satz heraus, in dem dieser erklärte, sich nicht in den Friedensvertrag einmischen zu wollen. Er drückte seine Zufriedenheit darüber aus und erklärte, daß in der Tat der Friedensvertrag eine Angelegenheit der ehemaligen Kriegführenden sei, daß er nicht abgeändert werden dürfe und daß der Völkerbundspakt durchaus nicht lose, sondern sehr eng mit dem Friedensvertrag verknüpft sei, so daß die Signatarmächte des Friedensvertrages von Versailles an dem Pakt festhalten müßten.

Europa vor dem Bankerott

Amsterdam, 2. Dez. Wie die englischen Blätter melden, erklärte Lloyd George in seiner Rede auf einem Essen des Verbandes britischer Industrieller: Die europäischen Länder helfen sich nur durch die Banknotenpresse weiter. Aber niemand kann dauernd einen Sack Papier auf dem Rücken tragen. Europa ist auf dem Wege zum Bankrott. Es kann nicht kaufen und verkaufen. Europa steht vor unserem Schaufenster, daß mit den besten Waren angefüllt ist, die die Welt erzeugen kann. Es ist jedoch in Lumpen und seine Taschen sind nur mit Papier angefüllt. Europa muß sich aber zu einer vollen Börse emporarbeiten. Mit einer Hohnbemerkung die zugleich Verachtung und Verzweiflung ausdrückte, rief Lloyd George: Und da gibt es noch Leute in der Welt, die denken, je ärmer die europäischen Länder sind, um so reicher würden wir sein! Das beste Mittel ist Frieden und die Männer müssen verhindert werden, die in der Welt mit Petroleumkannen umhergehen und das Feuer des Krieges und der Unruhen schüren.

Die Arbeiterbewegung in England

Nach einer Reutermeldung hat eine Konferenz der Vertreter von 19 Gewerkschaften der Dockarbeiter, Wagenführer, Arbeiter auf Leichterschiffen, Hafenarbeiter usw. beschlossen, alle diese Organisationen zu einem großen Verbande zusammenzuschließen.

Die Delegierten des englischen Bundes der Arbeiterparteien werden der am 6. d. M. in Bern stattfindenden Vorkonferenz für die internationale Sozialistenkonferenz im Januar die Bildung einer Internationale der nationalen sozialistischen Parteien vorschlagen.

Einer Reutermeldung zufolge haben Tausende von Schiffswerftarbeitern wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt.

Die Arbeitslosen haben außer in Tottenham in einem zweiten Vororte Londons das Gemeindehaus besetzt.

Frankreich verzichtet?

Berlin, 2. Dez. Die deutschen Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Ablieferung deutschen Viehes haben, der „Voss. Ztg." zufolge, ergeben, daß die Franzosen vorläufig auf eine Lieferung von Milchkühen verzichten. Sie fordern jedoch zunächst innerhalb eines Jahres die Stellung von 90 000 Stück Rindern aller Art, wie Färsen, Bullen usw. ohne erklärt zu haben, daß diese Forderungen als endgültige zu betrachten sind. Bei der morgen stattfindenden Schlußsitzung soll die endgültige Entscheidung über die Viehlieferung fallen.

Die gute Miene

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung".)

Amsterdam, 3. Dezember. Aus Paris wird gemeldet, eine Reutermeldung vom Mittwoch Abend läßt eine Einigung und Aenderung einer Note nach Athen erwarten. Folgendes werden wahrscheinlich die Hauptpunkte des Abkommens sein. Die Ententemächte haben nicht die Absicht, daß griechische Volk zu hindern, seinen alten König zurückzurufen. Konstantins Verrätereien gegen die Verbündeten und gegen sein eigenes Land werden aber bei seiner Rückkehr nach Athen einen Wechsel in der Haltung der Alliierten gegenüber Griechenland und dem Vertrage von Sevres bewirken. Dieser Vertrag wird nicht durchaus einer Revision unterworfen werden, aber er kann Veränderungen unterliegen, die die Ereignisse erzwingen mögen. Kurz, es ist möglich, die Klauseln dieses Vertrages der Lage anzupassen, die aus der Rückkehr Konstantins und der Mobilisierung des Heeres sich ergeben mag. Die Entente wird sich also jedes Eingriffes in die Angelegenheit Griechenlands enthalten und auch nicht die Abstimmung am 5. Dezember beeinflussen wollen, aber sie hält es für notwendig, den Griechen begreiflich zu machen, daß die Rückkehr eines ihrer alten Feinde nach Athen einen feindlichen Akt ihr gegenüber bedeutet, wie er auch vorläge, wenn Deutschland einen Hohenzollern, Österreich einen Habsburger oder Bulgarien einen von Coburg zurückriefe auf den Thron.

Berichten aus Konstantinopel zufolge hofft man in türkischen Kreisen auf eine Abänderung des Vertrages von Sevres als Folge der Londoner Besprechungen über die griechische Frage.

Zur Lage in Fiume

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung".)

Rom, 3. Dez. Ueber Fiume wurde die sogenannte Friedensblockade verhängt, die die Versorgung der Bevölkerung nicht ausschließt. 20 Kriegsschiffe erschienen gestern vor Fiume zur Demonstration. Sie wurden mit Gewehrfeuer empfangen. In Fiume ist alles mobilisiert, sogar die Frauen wurden bewaffnet, doch soll die